



Dialogrunde „SPRACHE“

Zentrale Aussagen

Formulare und Anschreiben sollen mehrsprachig und/oder in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

Hierbei wurde neben mehrsprachigen Angeboten auch die „einfache Sprache“ als Lösungsansatz genannt. Ein Einwand war, dass eine reine Übersetzung in verschiedenen Sprachen bei der Komplexität der Anträge etc. nicht zielführend sei. Eigentlich müsse die einfache Sprache als Grundlage für weitere Übersetzungen dienen.

Bei Ämtern und Behörden soll ein Grundgefühl für Fremdsprachen vermittelt werden.

Eine Idee war z. B. ein Grundkurs in Englisch (hat vor einigen Jahren z. B. in der Zulassungsstelle Gersthofen stattgefunden). Auch einfache Grundlagen in weit verbreiteten Fremdsprachen (z. B. Arabisch, Türkisch) wären denkbar. Dies könne neben der interkulturellen Öffnung auch zu einem besseren Verständnis für den Spracherwerb an sich führen.

Dolmetscher-Pool im ländlichen Bereich wäre ein hilfreiches Instrument.

Ein Dolmetscher-Pool für den ländlichen Bereich würde in vielerlei Hinsicht helfen. Es wurden zudem weitere konkrete Lösungsvorschläge für sprachliche Verständigung gemacht. Gut einsetzbar wäre z. B. das Übersetzungstool [deepl.com](https://www.deepl.com). Auch die Einbindung von mehrsprachigen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen bei Übersetzungssituationen wurde als Lösungsvorschlag genannt. Als organisatorische Unterstützung wurde der Wunsch geäußert, eine Datenbank mit den Informationen zu den mehrsprachigen Ehrenamtlichen (Sprachen, Qualifikationen, Ort) zu etablieren. Es könnten auch überregionale Angebote genutzt werden, wenn diese online anwendbar wären. Der Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern wurde als positiv bewertet, da diese auch eine Vorbildfunktion darstellen würden.

Gewünscht wäre eine Verstetigung des Dolmetscher-Pools, im Gegensatz zu den aktuellen Angeboten, welche oft nur für ein oder zwei Jahre finanziell bewilligt werden (oftmals verliere man dadurch qualifizierte Übersetzer und Übersetzerinnen). Die Möglichkeit, dies über das Landratsamt zu organisieren, wurde angesprochen. Allgemein müsse hier die Kostenfrage umfassend geklärt werden, die Finanzierung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen wird aber als gute Investition betrachtet.

Es bestehen viele Schwierigkeiten bei der Elternarbeit in Bildungseinrichtungen aufgrund von unzureichenden Sprachkenntnissen der Eltern.

Lösungsansätze wären der Ausbau des Projekts „Bildungsmentoring“ auf den ganzen Landkreis als auch die oben genannten Dolmetscherlösungen. Weitere Vorschläge



waren der Einbezug von Helferkreisen und Familienbüros oder die Einrichtung von „Stadtteilmüttern“ für den ländlichen Raum. Auch könne man Eltern mit geringen Sprachkenntnissen niederschwellig und in lockerer Atmosphäre die Elternarbeit näherbringen (z. B. durch die Einrichtung eines Eltern-Cafés an Schulen in Anwesenheit einer Lehrkraft). Wichtig sei hierbei, dass die Eltern sich einbezogen fühlen und Bildungsinteresse entwickeln können. Dies kann nur geschehen, wenn beidseitige Offenheit und Engagement gefördert werden.

Starker Fokus auf Sprachkompetenz trägt zu unzureichender Wertschätzung und Nutzung der ausländischen Qualifikationen bei und hat stellenweise einen negativen Einfluss auf die Ausübung der beruflichen Tätigkeit.

Bemängelt wurde, dass Menschen trotz fortgeschrittener Sprachkenntnisse (z. B. B1 oder B2) und Qualifikationen aus dem Herkunftsland nach wie vor beruflich ausgebremst würden. Der Fokus liege zu sehr auf der Sprache und dränge die Qualifikationen der Neuzugewanderten in den Hintergrund. Wichtig sei es in solchen Fällen, etwas gegen die Frustration zu tun. Diese führt oft dazu, dass die Betroffenen den Gedanken an die angestrebte qualifizierte Beschäftigung aufgeben. Es sollen die Wege vereinfacht werden, damit die Menschen die Chance bekommen, dort anzuknüpfen, wo sie im Heimatland ausbildungstechnisch oder beruflich standen. Vorschläge waren z. B. Kurzqualifizierungen für ausländisches Fachpersonal und vereinfachte sprachliche Anforderungen für pädagogische Berufe. Für den praktischen Spracherwerb wäre es denkbar, Sprachtandems zu etablieren, evtl. auch online. Dadurch könnten potentielle (pädagogische) Fachkräfte die gesprochene Sprache weiter vertiefen und sich so auf den realen Arbeitsmarkt vorbereiten.

Das Thema „Sprache“ muss in den Ausbildungen der pädagogischen Fachkräfte stärker verankert werden.

Fachkräfte müssten intensiv(er) für die Sprachenvielfalt sensibilisiert werden. Da der Spracherwerb bereits im frühen Kindesalter anfängt, sollte das Fachpersonal geschult werden, um schon kleine Kinder an die deutsche Sprache erfolgreich heranzuführen.

Eine „Datenbank“ mit mehrsprachigen Menschen aus dem Landkreis könnte die Integrationsarbeit vor Ort wesentlich erleichtern.

Es wurde der Wunsch geäußert, mehrsprachige und qualifizierte Bürger und Bürgerinnen im Landkreis in einer Art Datenbank zu erfassen, damit der Landkreis vor allem bei Dolmetschersituationen davon profitieren könne. Datenschutzrechtliche Aspekte seien nicht von der Hand zu weisen, jedoch wünsche man sich eine unkomplizierte Lösung, um die vorhandenen Kompetenzen im Landkreis zu bündeln und sichtbar zu machen. Eine Interessensabfrage bei greifbaren potenziellen Unterstützern in diesem Bereich könnte der erste Schritt sein.



Integrationskurse für Eltern/Familien können nur schwer durchgeführt werden.

Das Thema Integrationskurse für Familien wurde dahingehend diskutiert, dass es für Träger sehr schwer sei, Integrationskurse mit Kinderbetreuung anzubieten. Dabei sei der finanzielle Aspekt zweitrangig. Vielmehr scheitere es an Betreuungskräften, den Vorgaben für die Ausstattung, Räumlichkeiten und Lehrkräften.

Die BAMF-Richtlinien für den Integrationskurs müssten angepasst werden.

BAMF-Richtlinien für den Integrationskurs wurden allgemein kritisiert. Man müsse das Curriculum hinterfragen. Die Integrationskurse müssten praxisorientierter sein. Vor allem müsse man mehr Zeit für die Alphabetisierung einplanen, denn nur mit einer soliden Basis sei es möglich, die deutsche Sprache dann auch auf einem höheren Niveau zu lernen.

Niederschwellige Deutsch-Angebote müssen gefördert werden.

Das Angebot an niederschweligen Deutschkursen müsste mehr gefördert werden. Negativ wird nach wie vor wahrgenommen, dass bei den Erstorientierungskursen keine Fahrtkostenerstattung mitinbegriffen ist. Vor allem im ländlichen Raum führt das dazu, dass einigen Menschen der Zugang verwehrt bliebe. Als ein großes Problem wurde der Mangel an Räumlichkeiten wahrgenommen, um niederschwellige Sprachkurse anzubieten, etwa von ehrenamtlichen Helfern. Ein Lösungsansatz wäre, in den Kommunen Gemeinschaftsräume zur Verfügung zu haben, damit die Möglichkeit bestünde, Sprachkurse dieser Art anzubieten. Diese Gemeinschaftsräume könnten dann auch für Eltern-/Müttercafés, Tandem-Treffen etc. verwendet werden.

Kinderbetreuungsplätze im Landkreis sind ungleich verteilt.

Kinderbetreuungsplätze sind im Landkreis sehr unterschiedlich verteilt (in einigen Kommunen gibt es genug Plätze, in anderen sei es kaum möglich, einen Platz zu erhalten. Pädagogisches Fachpersonal müsse erhöht werden.

Umsetzung des Integrationsplans erfordert Ressourcen.

Für die Umsetzung des Integrationsplans müssten Ressourcen geschaffen werden, ohne Personal wäre der Integrationsplan nicht bzw. nicht ausreichend umsetzbar.